

## Clara von Civey

Jede Woche teilt mir Clara von Civey mit, wie die Stimmung im Lande ist. Ich bin ein großer Freund von Umfragen. Zwar liegen die Meinungsforscher bei Wahlen auch mal daneben, aber sehr häufig stimmen ihre Umfragen mit dem tatsächlichen Ergebnis überein. Das Kreuzberger Unternehmen Civey ist immer ziemlich nah dran. 2015 wurde Civey gegründet, „um allen Menschen Zugang zu repräsentativer Meinungsforschung zu geben.“ Kurz nach dem Launch zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2016 lieferte Civey „unter allen etablierten Instituten schon die zweitbeste Wahlprognose.“ Heute erstellt civey Umfragen für viele große Medienpartner in Deutschland, darunter der Tagesspiegel. „Unser innovativer Prozess beruht auf der Automatisierung von repräsentativen Meinungsumfragen ohne Zufallsstichprobe.“, steht auf der Internetseite [www.civey.com](http://www.civey.com)

„Die neue Methodik haben wir gemeinsam mit Professor/innen der Hochschule Rhein-Waal erforscht. Unser Unternehmen ist durch das Förderprogramm ProFit der Investitionsbank Berlin finanziert. Die Kofinanzierung erfolgt durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Heute arbeiten an unserem Standort in Berlin mehr als 30 Data Scientists, Entwickler/innen und Marketing-Strateg/innen.“ Jeder kann mitmachen. Einfach anmelden und sich an Umfragen zu allen möglichen Themen beteiligen.

Eine aktuelle Umfrage von Civey löst eine gewisse Besorgnis aus. „46,5 Prozent der Deutschen sind unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. Die Bundesbürger sind gespalten in der Frage, ob Deutschland über eine funktionierende Demokratie verfügt. 44,2 Prozent sagen Ja, eine knappe Mehrheit (46,5%) verneint die Frage jedoch. Rund jeder Fünfte (19,5%) ist sogar überhaupt nicht zufrieden.“ Das ist umso erstaunlicher, als dass doch gerade das lange Warten auf eine neue Bundesregierung gezeigt hat, dass unsere Demokratie funktioniert.

Wer hätte das gedacht. „Mit Abstand am stärksten bemängeln die Anhänger der AfD das Funktionieren der Demokratie in Deutschland: 83,8% zeigen sich unzufrieden. Ihnen folgen 52,4 Prozent der Linken-Anhänger sowie 52,3% der FDP-Anhänger. Am zufriedenen sind die Anhänger der Grünen mit 70,5 Prozent.“ Wie ähnlich sich inzwischen nicht nur die Parteien selbst, sondern auch ihre Anhänger sind, zeigen die Zufriedenheits-Werte von CDU/CSU (67,5%) und SPD (67,8%).

Und die Sorgenfalten auf der Stirn werden immer tiefer, wenn man liest, dass mit der hohen Unzufriedenheit ein Zweifel einhergeht, „ob die Bundesrepublik überhaupt über eine ‚echte‘ Demokratie verfüge. 45,4 der Bundesbürger sind der Ansicht, es herrsche gar keine ‚echte‘ Demokratie in Deutschland.“ Was denn sonst? Eine unechte Demokratie? AfD (86,2%) und Linke (53,9%) sind mehrheitlich dieser Meinung. In einer unechten Demokratie würden diese Parteien überhaupt nicht ins Parlament gewählt werden können.

Was heißt also „echte“ Demokratie? „Ein Grund für die große Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie liegt dem Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt zufolge in den Beschränkungen des Mehrheitsprinzips begründet. Es kollidiere mit dem hohen Koordinations- und Kooperationsbedarf im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess der Parlamente. Dieser Kooperationsbedarf enge oft den politischen Gestaltungsspielraum ein, verlangsamt die Entscheidungsprozesse oder blockiere sie im ungünstigsten Fall sogar ganz. Das Resultat parlamentarischer Arbeit beruht oftmals auf Kompromissen und ist nicht immer konform mit den Wünschen der Wähler.“ Sind nicht gerade Mehrheitsentscheidungen und Kompromisse das Wesen der Demokratie? Keine Partei kann allein entscheiden, absolute Mehrheiten gibt es noch in Bayern, bis Oktober. Notwendige Koalitionen sorgen für Mehrheiten im Parlament. Und diese Mehrheit ist dann entscheidungsberechtigt. Über Entscheidungen einer Regierung dürften sich ohnehin nur Menschen aufregen, die sich an einer Wahl beteiligt haben. Wer nicht mitwählt, sollte nicht meckern.

Was ich nun überhaupt nicht nachvollziehen kann, ist dieser verklärte pseudodemokratische Blick auf Volksentscheide. Deutschland ist eine repräsentative Demokratie. Volksentscheide können dieses System nicht ersetzen, bestenfalls ergänzen. Die Civey-Daten legen nahe: „Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Fehlen direkter Einflussnahme auf politische Entscheidungen und dem Demokratieverständnis: 72,5 Prozent derjenigen, die glauben, wir hätten keine ‚echte‘ Demokratie in Deutschland und 71,2 Prozent derjenigen, die unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind, halten Volksentscheide auch auf Bundesebene für sinnvoll. Unter denjenigen, die zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind, ist die positive Einstellung gegenüber bundesweiten Volksentscheiden hingegen sehr viel geringer (26,9%).“

Man stelle sich vor, es gäbe Volksentscheide auf Bundesebene. Da versammelt sich dann eine Mehrheit hinter dem Vorhaben, aus der EU oder der NATO auszutreten. Auch die Flüchtlingsfrage wäre schnell

geklärt: Abschieben. Eine Milliarde für den Wiederaufbau Syriens, das auch mit deutschen Waffen zerstört wurde? Nein. Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Doch wäre das verantwortungsvolle Politik in Europa und der Welt? Wohl kaum.

Natürlich sind 80% der AfD-Anhänger für Volksentscheide auf Bundesebene, weil sie wissen, dass sie auf diesem Wege ihre populistische Ideologie zu Mehrheitsentscheidungen bündeln könnten, was ihnen auf dem regulären demokratischen parlamentarischen Wege nicht gelingen würde.

## Weitere Umfragen

Zwar finden die Umfragen von Civey bei wahlrecht.de keinen Zugang, sie kommen aber den Werten der anderen Institute wie Forsa, Emnid, Allensbach, Forschungsgruppe Wahlen, Infratest dimap oder INSA sehr nahe. Die Sonntagsfrage für die Bundestagswahl sieht am 28. April wie folgt aus: CDU/CSU 32,5, SPD 17,3%, Grüne 12,5%, FDP 9,7%, Linke 10,1% und AfD 14,2%.

Bei einer möglichen Abgeordnetenhauswahl in Berlin käme die CDU an diesem Sonntag auf 20,6%, SPD 18,5%, Grüne 16,5%, FDP 7,7%, Linke 18,4% und AfD 11,8%.

56,1% sind übrigens der Meinung, dass die Kirchensteuer abgeschafft werden sollte. Von denen, die sich bei der Civey-Umfrage beteiligt haben, sind 28,1% katholisch, 26,8% evangelisch, 2,6% gehören dem Islam an und 38,8% keiner Religionsgemeinschaft.

Gegenwärtig in der Diskussion ist die Frage, ob wir einen weiteren Feiertag in Berlin haben möchten. 29,5% sind für den 17. Juni (Aufstand in der DDR, früher Tag der deutschen Einheit), 22,7% für den Tag der Befreiung, den 8. Mai, den viele auch als Tag der Kapitulation und Ende des Deutschen Reiches in ihren Kellern begehen würden, 21,2% den Reformationstag 31. Oktober, und magere 9,4% den 27. Januar, Holocaust-Gedenktag. Das ist beschämend für Berlin, von wo aus der Holocaust in Europa durchorganisiert wurde.

Was den BER anbelangt, haben die Berliner die Hoffnung aufgegeben. Mit der Fertigstellung 2020 rechnen 13,8%, 2021 8,2%, nach 2021 29,3% und nie 40,8%. Beim Tempo 30 scheiden sich die Geister. Sehr oder eher positiv bewerten 41,0% das Limit, eher oder sehr negativ 47,8%. Eindeutiger ist die Haltung zur Änderung von ALG II, dafür sind 61,3%.

Also: machen Sie mit bei Civey. Hier zählt Ihre Stimme.

**Ed Koch**